



Interviews

Datum: 09. März 2024

Tino Sorge im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern

Schmidt-Mattern: Aus unserem Deutschlandfunk-Hauptstadtstudio berichtete Steffen Wurzel und mitgehört hat Tino Sorge, gesundheitspolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. Schönen guten Morgen, Herr Sorge.

Sorge: Ja, schönen guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern, hallo.

Schmidt-Mattern: Hallo. Wie gut sind wir auf die nächste Pandemie, die ja nach Ansicht der Expertinnen und Experten irgendwann kommen wird, wie gut sind wir darauf vorbereitet?

Sorge: Na, ich befürchte nicht gut genug, denn letztendlich geht es ja wirklich darum, Lehren aus der letzten Pandemie zu ziehen und zu schauen, was wir in der nächsten besser machen können. Und insofern ist uns ja allen klar, es ist jetzt nicht eine Frage, ob eine Pandemie kommen wird, sondern nur tatsächlich wann möglicherweise die nächste Pandemie vor der Tür steht.

Schmidt-Mattern: Ist das nun ein Beispiel möglicherweise auch für „German Angst“ oder wie realistisch oder möglicherweise aber eben auch überzogen sind die Warnungen vor einer neuen Pandemie?

Sorge: Ja, im Grunde ist das ja eine Annahme, die durch eine Menge Evidenz begründet ist. Also, dass Pandemien entstehen können, aufgrund der globalen Vernetzung, das ist jetzt keine so neue Erkenntnis. Die Frage ist eben nur, wie man damit umgeht. Und man kann es machen, indem man Panik schürt. Man kann es aber auch so machen, dass man das offen kommuniziert und sagt, es ist eine gewisse Form eines allgemeinen Lebensrisikos für Gesellschaften und darauf muss man sich vorbereiten. Und da geht es eben darum, dass man ohne Schaum vor dem Mund überlegt, welche Maßnahmen, wenn bestimmte Dinge eintreten, man ergreifen kann, damit eben nicht das passiert wie beim letzten Mal, wo wir zu Recht unvorbereitet waren, wo es auch darum ging, das Virus erst mal zu verstehen und

natürlich die Frage dann, wie man auch Maßnahmen dann strukturiert. Also Stichwort Parlamentsbeteiligung, dass das optimaler und besser abläuft als das beim letzten Mal der Fall war.

Schmidt-Mattern: Andere Stichworte sind zum Beispiel, woran es immer noch hakt im deutschen Gesundheitssystem, eine nicht funktionierende Notfallversorgung, also sprich die Überlastung der Notfallambulanzen, die ausstehende Digitalisierung, die fehlende Daseinsvorsorge in vielen ländlichen Regionen. Überall da hakt es ja. Sind das nicht auch Sicherheitsrisiken, auch im Falle gerade einer neuen Pandemie?

Sorge: Ja, im Grunde ist das ja tatsächlich der Punkt. Wir neigen in Deutschland ja immer dazu, lange zu planen und zu schauen, wie können wir die 120-prozentige Lösung entwickeln und vergessen darüber, dass es manchmal auch sinnvoller ist, ja, loszulegen. Die Amerikaner sagen ja: let's start and fix it on the way. Also auch so ein bisschen Pragmatismus, wie man mit Problemen umgeht. Und auch bei diesen Themen, die Sie ansprachen, Notfallversorgung, Pflege, wie geht es in der gesetzlichen Krankenversicherung weiter, da wäre es eben angebracht, dass auch der Bundesgesundheitsminister jetzt endlich mal auch Vorschläge vorlegt, und wenn er Vorschläge vorlegt, Stichwort Krankenhausstrukturreform, dass man auch im Vorfeld schon mit den Beteiligten spricht und eben nicht sagt, ich schlage irgendwann etwas vor gegen die Länder beispielsweise und sich dann wundert, wenn alle sagen, das ist jetzt kein Lösungsvorschlag, den wir so in der Form mitgehen können.

Schmidt-Mattern: Dann greifen wir uns die Notfallversorgung mal raus. Welches Konzept haben Sie denn als Opposition, um die Dinge da schneller voranzubringen oder besser für eine Pandemie gewappnet zu sein?

Sorge: Na, wichtig ist tatsächlich, dass wir auch im Hinblick auf Pandemien vernetzter denken. Also, was momentan passiert, ist ja, dass wir seit fast zwei Jahren auf überhaupt erst mal ein Konzept zur Notfallversorgung warten. Das ist ja immer ein übliches Spiel, dass Karl Lauterbach, wenn dann die Stimmen immer lauter werden, wo bleiben denn die Konzepte, er etwas ankündigt, was überhaupt nicht mit seinen eigenen Leuten und erst recht nicht mit dem Parlament rückgekoppelt ist. Und deshalb wäre es ja so sinnvoll, dass wir – Stichwort

Krankenhausstrukturreform – die Strukturreform in den Krankenhäusern gleichzeitig auch mit einer Notfallreform denken. Also, da geht es auch darum, dass man den stationären Bereich besser mit dem ambulanten Bereich vernetzt, dass es eben keine Parallelstrukturen gibt. Und da geht es eben auch darum, dass man sagt, Notfallversorgung heißt auch, dass man den Menschen erklärt, dass wir in vielen Bereichen auch andere Formen denken müssen. Also, der Wunsch, dass man eben in 150 Metern, 200 Metern Umgebung alle medizinischen Angebote auch zukünftig wird halten können, ist sehr schwierig. Und deshalb geht es eben darum, auch zu kommunizieren, Notfallversorgung heißt, dass ich im Notfall schnell Hilfe bekomme und die dann auch da ist, wenn ich sie brauche, aber nicht, dass wir am Reißbrett monate-, jahrelang diskutieren und zum Schluss nichts dabei herauskommt.

Schmidt-Mattern: Jetzt möchte ich noch mal einen Schritt zurückgehen in der Diskussion, denn ein Vorschlag, der ja jetzt auch auf den Markt gekommen ist oder noch mal neu wieder diskutiert wird, ist die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Pandemie im Bundestag. Da gehen aber ja sogleich, wir haben es eben in den O-Tönen gehört, die Meinungen zwischen Grünen und FDP in der Ampel schon wieder auseinander. Da heißt es, das sei eine unzulässige Politisierung der Debatte. Man solle lieber die Wissenschaft das aufarbeiten lassen. Das meinen die Grünen. Der FDP-Politiker Ullmann fordert hingegen so eine Enquete-Kommission. Was halten Sie von diesem Plan?

Sorge: Ja, ich finde es insofern schade, dass ja Andrew Ullmann für den Vorschlag innerhalb der eigenen Ampel-Koalition überhaupt keine Mehrheit hat. Aber wir haben ja schon 2021 als Union damals noch eine Kommission eingerichtet, wo es eben ... also parlamentarisches Begleitgremium, wo es genau darum ging. Und das, was wir ja auch sagen, ist, dass wir natürlich ein Gremium brauchen, das sich mit diesem Thema beschäftigt. Also, wie kann man perspektivisch, wenn Pandemien ja sich andeuten, darauf reagieren? Und das, was jetzt passiert ist, ist ja, dass quasi die Ampel anderthalb Jahre darüber diskutiert, die SPD, ja, hält sich da weitgehend raus. Die Grünen wollen das nicht, weil sie Angst haben, man könne Schuldzuweisung betreiben. Die FDP sagt, ja, sie können sich das gut vorstellen. Und wir haben immer gesagt, uns geht es um die Aufarbeitung. Wir haben auch gesagt, wir würden uns einem Gremium nicht verschließen. Im Gespräch war ja auch die Frage, ob man vielleicht besser auch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe oder Bund-Länder-Kommission einrichtet, weil letztendlich ja in den Pandemiezeiten, den Corona-Zeiten die Bundesländer, die Ministerpräsidenten natürlich eine sehr große Rolle gespielt

haben. Und da wäre es ja sehr sinnvoll, auch diese miteinzubeziehen, um zu sagen, was ist gut, was ist schlecht gelaufen. Stichwort Kollateralschäden, gerade für Kinder und Jugendliche, Wirtschaft, dass man da eben ganz klar dann auch Dinge benennt, ohne Schuldzuweisung zu betreiben.

Schmidt-Mattern: Wie viel hat sich denn Ihre Partei, die CDU, da genau in diesem Punkt zu verzeihen? Denn sie haben ja damals mit Jens Spahn den Gesundheitsminister gestellt.

Sorge: Ja, das hat Jens Spahn ja auch gesagt: Wir werden uns viel verzeihen müssen. Und es geht jetzt letztendlich auch nicht darum, dass man rückblickend, ja, Schuldzuweisung betreibt. Also, wenn man das möchte, natürlich kann man das machen. Dann kann man eben auch die Hamsterkäufe im Impfbereich durch Karl Lauterbach ansprechen. Aber das bringt uns ja alles nicht weiter. Es geht letztendlich ja darum, dass man schaut: Was macht man beim nächsten Mal besser? Also Stichwort diese Kollateralschäden, gerade bei Kindern und Jugendlichen. Wir sehen ja, was das gemacht hat. Also, Entwicklungsverzögerung, psychosoziale Probleme. Mir persönlich wichtig, dass wir eben sagen: Was können wir auch besser machen? Dazu braucht man ein breiter aufgestelltes Gremium, also nicht nur Politiker oder Wissenschaftler aus einzelnen Bereichen, sondern wir brauchen eben querbeet aus der Gesellschaft da Menschen, die sich mit dem Thema beschäftigen.

Schmidt-Mattern: Also, Schuldzuweisungen wollen wir sicherlich nicht betreiben, aber zur Aufarbeitung gehört ja auch die Frage, was eben damals falsch gemacht wurde. Konkret nachgefragt, Herr Sorge, wurden kritische Stimmen, vielleicht auch Impfskeptiker*innen und ihre Sorgen, wurden die damals in der ganzen Debatte zu sehr an den Rand gedrängt?

Sorge: Sie haben ja gesehen, dass das hochemotional diskutiert worden ist. Also, ich kann mich noch daran erinnern, als es um die allgemeine Impfpflicht ging, da gab es ja die Diskussion, inwieweit diese Menschen sich überhaupt solidarisch verhalten würden, wo man auch tatsächlich hochemotional diese Schuldzuweisungen betrieben hat. Und deshalb war es uns als Union ja auch ganz wichtig, bei der Debatte Impfpflicht zu sagen, wir wollen keine allgemeine Impfpflicht. Also, man muss ja auch sagen, wir haben das verhindert und damit, glaube ich, auch ein

bisschen zur Befriedung in der Gesellschaft beigetragen. Und das, was nicht wieder passieren darf, ist natürlich, dass man Menschen, die zu Recht auf ihren Grundrechten bestehen, also sagen, ich möchte das individuell entscheiden, dass man die mehr oder weniger gesellschaftlich auch ausgrenzt. Und das sollte nie wieder passieren.

Schmidt-Mattern: Aber genau das ist ja passiert. Also selbst, wenn Sie sagen, Sie waren gegen eine allgemeine Impfpflicht als Union oder Sie persönlich, wurden ja trotzdem ... fühlten sich Menschen ausgegrenzt und wurden an den Rand gedrängt. Deswegen noch einmal die Frage: Der Umgang mit Impfstoffen und die Skepsis in Teilen der Bevölkerung dagegen, muss dazu auch die politische Ebene ihre Haltung ändern?

Sorge: Na, im Grunde ist es ja das, was ich gesagt habe. Es gab ja damals den Vorstoß von Olaf Scholz, von Karl Lauterbach, eine allgemeine Impfpflicht einzuführen. Damals schon in dem Wissen, dass man sich eben mit dem Impfstoff nicht gegen Ansteckung und auch nicht gegen Weitergabe vollumfänglich schützen kann. Und da haben wir gesagt, das wollen wir eben nicht. Das ist ja im Bundestag dann auch zu Recht gescheitert. Und deshalb haben wir auch gesagt, wir wollen eine schnelle Entwicklung von neuen Impfstoffen, dass wir eben sagen, das ist durchaus ein Segen, Impfungen. Wir haben gesagt, wir haben Anträge gestellt, die Erforschung Long COVID, ME/CFS, Post-VAC. Wir haben den ersten Impfschadensgipfel gemacht, um auch die Menschen, die sagen, ich habe durch diese Impfung in gutem Glauben jetzt bestimmte Probleme oder auch Schäden erlitten, dass man diese Menschen eben ernst nimmt und da jetzt nicht darüber spricht oder denkt, na, wer ist da jetzt dran schuld, sondern dass man diesen Menschen hilft. Denn das ist das, was die Menschen letztendlich wollen. Die wollen keine Schuldzuweisung, sondern die wollen die Probleme gelöst haben. Und das haben wir angestoßen mit mehreren Anträgen. Leider ist das immer weggestimmt worden im Bundestag, aber wir sind da guter Dinge, dass sich dort etwas tut in den nächsten Jahren.

Schmidt-Mattern: Sie haben, Herr Sorge, mit Long COVID gerade noch ein wichtiges Stichwort angesprochen. Das ist ja der Punkt, wo das Leid aktuell immer noch am größten ist. Und dazu wurde jetzt kein Wort bisher geäußert öffentlich bei

der Aufarbeitung oder Vorbereitung auf die nächste Pandemie. Warum wird ausgerechnet Long COVID da ignoriert in der Debatte?

Sorge: Na, das ist ein Problem, was wir jetzt mehrfach thematisiert haben im Deutschen Bundestag. Ich kann mich erinnern, wir haben vor anderthalb Jahren in dem großen Gipfel darauf schon hingewiesen. Wir haben ja auch explizit die Bundesregierung aufgefordert: Stellt dafür Geld zur Verfügung, also, dass eben Wissenschaftler forschen können, damit man auch dieses Virus, auch die Schäden, die daraus resultieren können, besser erforscht. Und da gab es dann große Ankündigungen. 100 Millionen standen im Raum. Es sollten Zentren ins Leben gerufen werden. Und davon ist leider nicht viel übriggeblieben. Und das wäre eben Punkt auch im Rahmen einer wie auch immer gearteten Kommission, dann ganz konkret zu sagen, das waren die Probleme, das hätte man besser machen können. Und dazu gehört eben auch die Erforschung, das Ernstnehmen von Menschen, die skeptisch sind, Menschen, die sagen – ob es denn so ist oder nicht, das lasse ich jetzt mal dahingestellt – sie haben Schäden erlitten, aber dass man das eben nicht lapidar als Kritik an der grundsätzlichen Ausrichtung empfindet, sondern das ernst nimmt und da auch über Lösungsmöglichkeiten spricht.

Schmidt-Mattern: Sie sagen „nicht lapidar hinnehmen“. Ich habe einmal gestern in Ihr neues CDU-Grundsatzprogramm, in den Entwurf reingeschaut. Da haben sie gerade mal zehn Zeilen zum Stichwort Corona, gerade mal zwei Einträge unter dem Stichwort Pandemie. Reicht das?

Sorge: Na, wenn Sie sich das Programm durchlesen, dann sehen Sie ja schon, dass wir viele Themen behandelt haben, gerade auch im Gesundheitsbereich.

Schmidt-Mattern: Richtig, aber Corona nur mit zehn Zeilen.

Sorge: Na ja, ein Grundsatzprogramm ist ja ein Programm, wo Sie quasi die Grundsätze aus allen Bereichen klar definieren. Und wir haben – das haben ja viele Parteien überhaupt nicht – auch das Thema Pandemie angesprochen. Und Sie werden ja auch sicherlich die Möglichkeit nutzen, beim nächsten Bundesparteitag, der im Mai stattfinden wird, die Diskussion zu verfolgen. Es gibt jetzt schon Hunderte,

Tausende Anträge zur Änderung auch, Ergänzungsanträge. Und bei einem Grundsatzprogramm geht es natürlich um viele Grundsätze. Da kann man nicht jedes Thema in epischer Breite behandeln. Aber dass es überhaupt im Programm steht, das zeigt ja auch, wie wichtig uns das Thema ist.

Schmidt-Mattern: Sagt Tino Sorge, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Herr Sorge, vielen Dank für das Interview heute Morgen bei uns im Deutschlandfunk.

Sorge: Herzlichen Dank für das Gespräch.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.